

Fotos: EU-Parlament/Büro Jeggle



Ruhezeiten missachtet werden. Selbst Beamten von Polizei und BAG (Bundesamt für Güterverkehr) klagen über den zu geringen

Auslegungsspielraum, den die EU-Regelungen den Kontrolleuren lassen. „Jetzt ist es Zeit, sich in diesem Thema zu Wort zu mel-

den“, so Elisabeth Jeggle. „Wenn man im Parlamentarischen Prozess etwas erreichen will, dann muss man die aktuelle Chance nutzen, um seine Interessen zu formulieren“. Die Chancen, kleine aber wirksame Änderungen im Detail zu erreichen, sind derzeit nicht schlecht. Wie auch in der Vergangenheit will Jeggle der Wirtschaft als Ansprechpartnerin aktiv zur Seite stehen. Dazu dürfe das Engagement der IHKS nicht nachlassen. Regelmäßiger Kontakt sei das A und O, um in Brüssel etwas zu erreichen. „Die Türen von uns Parlamentariern stehen ihnen jedenfalls offen“, betonte Jeggle. ■

Medienwirtschaft

Breitband und Open Access ITK in Brüssel

Erstmals war eine Delegation aus der regionalen IT- und Telekommunikationsbranche (ITK) in Brüssel. Sie sprachen mit den EU-Abgeordneten Elisabeth Jeggle, Heide Rühle und Rainer Wieland.

Im Blickpunkt der Gespräche stand der Ausbau der Breitbandversorgung. Zwar gehört eine schnelle Internetanbindung neben Gas, Wasser und Strom, so schreibt es der aktuelle Koalitionsvertrag, zur Daseinsvorsorge. Doch der regionale Breitbandausbau stockt derzeit. Vor allem die marktbeherrschenden Unternehmen der ITK-Branche investieren aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht in ländliche Gebiete. Zwar stellt die EU 140 Millionen Euro an Fördergeldern bereit. Allerdings herrscht auf lokaler Ebene Unsicherheit: Die Länder und Kommunen sollen das Breitband ausbauen. Zugleich besteht die Gefahr, mit europäischem Förderrecht in Konflikt zu geraten. Denn: Baden-Württemberg investiert vor allem in die Verlegung von Leerrohren. Daran scheint die Kommission in zweierlei Hinsicht Anstoß zu nehmen: Leerrohre sind nicht mehr technologieneutral, weil eben eine kabelgebundene Lösung, zudem stellen sie Förderung des IT-Sektors dar, der wiederum andere Sektoren ausschließt.

Es herrscht Marktversagen

Kernanliegen des Besuches war es daher, dem baden-württembergischen Kurs den Rücken zu stärken. Aus Sicht der Wirtschaft können die Brüsseler Bedenken leicht ausgeräumt werden, sagte Antje Fleischer, Leiterin des Bereichs Telekommunikation bei den Stadtwerken Tübingen: „Dem Vorwurf der mangelnden Technologieneutralität kann man nur entgegen, dass es sich um Gegenden handelt, in denen Marktversagen herrscht. Hier

muss der von der Kommission ja ebenfalls erkannte und betonte Grundversorgungsgedanke schlicht Vorrang haben.“

Neue Kooperationen

Ein weiteres wichtiges Anliegen war die Vorstellung des „Open-Access-Gedankens“. „Hier geht es vor allem darum, dass in den Gebie-



Interessiert an den Argumenten der Wirtschaft. Die Europaabgeordnete Heide Rühle beim Treffen mit den Vertretern der Region. Fotos: Stadtwerke Tübingen



Gespräche in Brüssel. Antje Fleischer (l.) und Thorsten Schwäger bei der Europaabgeordneten Elisabeth Jeggle.

ten, in denen die marktbeherrschenden Dienstleister nicht zu Investitionen bereit sind, alternative Anbieter neue Kooperationsformen eingehen, um eine Grundversorgung sicherzustellen“, erläuterte Fleischer. „Viele Stadtwerke sind im Besitz von Glasfaserinfrastrukturen, möchten aber nicht Betreiber eines Breitbandnetzes sein. Hier kann ein kleiner, regionaler Dienstleister den Job übernehmen.“ Der Wunsch aus der Region: Den neuen und oftmals sehr kleinen Kooperationsformen sollte weder auf EU- noch auf nationaler Ebene übermäßiger regulatorischer Zwang auferlegt werden. Außerdem sollte keine Pflicht entstehen, technologisch gemischte Breitbandinfrastrukturen betreiben zu müssen. „Beide Verpflichtungen führen dazu, dass unsere Bemühungen schon im Keim erstickt würden.“

IHK-Service

Fragen zum Thema beantwortet IHK-Experte Thorsten Schwäger, Telefon: 071 21/2 01-117 und E-Mail: Schwaeager@reutlingen.ihk.de. ■